
Satzung
der Stadt Ahaus über ein
gemeindliches Vorkaufsrecht
vom 14. September 1995

Verzeichnis der Veränderungen:

Beschluss vom:	in Kraft getreten am:	Geänderte Regelungen:
----------------	-----------------------	-----------------------

Satzung
der Stadt Ahaus über ein gemeindliches
Vorkaufsrecht
vom 14. September 1995

Aufgrund des § 25 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.1994 (BGBl. I 766) i. V. m. den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) i. d. F. der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666) hat der Rat der Stadt Ahaus in seiner Sitzung am 13.09.1995 folgendes gemeindliches Vorkaufsrecht als Satzung beschlossen:

§ 1

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung im Bereich der BSG an der Parallelstraße steht der Stadt Ahaus ein Vorkaufsrecht nach § 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB zu.

§ 2

Der Geltungsbereich des Vorkaufsrechts nach § 1 erstreckt sich auf folgende Flächen:

Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 44
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 590
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 746
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 748
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 749
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 750
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 751
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 763
Gemarkung Ahaus Flur 15 Flurstück 762

§ 3

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die Satzung der Stadt Ahaus über ein gemeindliches Vorkaufsrecht vom 14.09.1995 wird hiermit gem. § 25 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 18 der Hauptsatzung der Stadt Ahaus und den Vorschriften der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht vom 07.04.1981 (GV. NW. S. 224) bekannt gemacht.

Gem. § 7 Abs. 6 Satz 1 GO NW kann eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GO NW gegen diese Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Stadtdirektor hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Ahaus, den 14.09.1995

Der **Bürgermeister**
gez. Bußmann